

EAST -- OUTSPOKEN HUNGARIAN REFUSES EXIT

LONDON, SEPTEMBER 25 (SPECIAL) THE INDEPENDENT LONDON TIMES HAS AN ARTICLE BY GABRIEL RONAY WHICH READS AS FOLLOWS:

A HUNGARIAN INTELLECTUAL, WHO WROTE TO THE TIMES LAST MONTH TO SEEK HELP FROM WESTERN PUBLIC OPINION FOR ROMANIA'S PERSECUTED HUNGARIAN MINORITY, HAS BEEN SUMMONED TO THE HUNGARIAN INTERIOR MINISTRY AND INVITED TO LEAVE THE COUNTRY.

MR GASPAR MIKLOS TAMAS, ONE OF THE FEW EAST EUROPEANS WHO DARED TO WRITE TO THE TIMES GIVING HIS FULL NAME AND ADDRESS, WAS POLITELY OFFERED A PASSPORT AND AN EXIT VISA "TO WHICHEVER COUNTRY YOU LIKE", BUDAPEST SOURCES SAID. BUT HE REFUSED TO GO.

MR TAMAS, AN HISTORIAN AND ESSAYIST, IS HIMSELF A TRANSYLVANIAN HUNGARIAN WHO WAS FORCED TO LEAVE BY THE ROMANIAN AUTHORITIES A COUPLE OF YEARS AGO. HE MOVED TO HUNGARY ON THE STRENGTH OF THE UNWRITTEN RIGHT OF ETHNIC HUNGARIANS FROM NEIGHBOURING STATES TO LIVE IN THE "MOTHER COUNTRY".

IN HIS LETTER, MR TAMAS, VOICED HUNGARIAN PUBLIC CONCERN ABOUT THE MOUNTING OPPRESSION OF SOME TWO MILLION TRANSYLVANIAN HUNGARIANS BY THE CEAUSESCU REGIME. HE POINTED OUT THAT FOUR LEADING INTELLECTUALS OPPOSING THE REGIME'S ROMANIZATION DRIVE "ARE NOT GIVEN THE CHANCE OF A FAIR TRIAL AND ARE CHARGED ON APPARENTLY ABSURD GROUNDS".

ACCORDING TO THE SOURCES, THE FEAR OF DAMAGE TO PRECARIOUS HUNGARIAN-ROMANIAN RELATIONS HAS PROMPTED THE BUDAPEST AUTHORITIES TO TRY TO GET RID OF MR TAMAS WHO "RUSHED IN WHERE ANGELS FEAR TO TREAD". THE KADAR REGIME HAS BEEN TRYING TO ALLEVIATE THE PLIGHT OF FELLOW-HUNGARIANS ACROSS THE BORDER THROUGH QUIET DIPLOMACY. BUT THIS HAS SIGNALLY FAILED TO HALT BUCHAREST'S NATIONALIST DRIVE AGAINST ITS MAGYARS.

FOR THIS REASON, THE SOURCES ADDED, MR TAMAS DECIDED TO SEEK WESTERN HELP FOR THE ENDANGERED TRANSYLVANIAN HUNGARIAN COMMUNITY REGARDLESS OF THE CONSEQUENCES TO HIMSELF.

MOUNTING PUBLIC CONCERN IN HUNGARY ABOUT THE TRANSYLVANIAN MAGYARS MAKES THE HANDLING OF THE TAMAS CASE A DELICATE ISSUE. TO EXPEL HIM FROM THE COUNTRY FOR SPEAKING UP IN SUPPORT OF OPPRESSED FELLOW-HUNGARIANS IN A NEIGHBOURING COMMUNIST STATE WOULD CREATE MORE PROBLEMS THAN IT WOULD SOLVE. BESIDES, THE SOURCES SAID, IT WOULD INFRINGE THE RIGHT OF ETHNIC HUNGARIANS TO SEEK REFUGE AND LIVE IN THE "MOTHER COUNTRY". AD/

F 526

EAST - HUNGARIAN NATIONALISM LIVES ON IN ROMANIA
MUNICH, FEBRUARY 19 (CND) - THE FOLLOWING APPEARED IN TODAY'S
WEST GERMAN DAILY SÜDDEUTSCHE ZEITUNG:

Ceausescu Assimilierungspolitik provoziert Widerstand

Der ungarische Nationalismus lebt in Rumänien weiter

Auch die „sozialistische Staatengemeinschaft“ findet keine Lösung für Minderheitenprobleme in Südosteuropa

Von unserem Korrespondenten Heiko Flottau

Budapest, im Februar

Sein bisheriger Lebenslauf könnte fast dazu verleiten, ein wenig pathetisch darauf zu verweisen, welches Schicksal heute in Südosteuropa immer noch jenen droht, die sich zur Bewahrung demokratischer Prinzipien im politischen Leben bekennen und zugleich die Zugehörigkeit zu ihrer Volksgruppe nicht verleugnen. Gaspar Miklos Tamas, 34 Jahre alt, Ungar aus Siebenbürgen, lebte drei Jahrzehnte lang in Rumänien. Dann gelang ihm 1978 die legale Übersiedlung nach Budapest. Als er später nach Rumänien auf Besuch fuhr und dort auch mit einigen ungarischen Dissidenten zusammenkam, wurde er von der Sicherheitspolizei, der „Securitate“, zur Wache gebracht und „auf ewig“ aus Rumänien ausgewiesen. In Budapest fanden derweil seine Vorlesungen über Philosophie bei den Studenten großen Anklang. 1982 aber erhoben Funktionäre, denen die Bindungen von Tamas an den oppositionellen Kreis um Laszlo Rajk natürlich bekannt waren, Einwände gegen seine Lehrtätigkeit; und so mußte Tamas seine Stellung in der Budapester Universität aufgeben.

Bio

Duray, in Preßburg, zu protestieren. Sicher, schrieb Tamas, sei die Lage der ungarischen Minderheit in der Slowakei heute besser als vor 1946: „Wer einwilligt, sich einer schrittweisen Bereaubung seiner Muttersprache und Kultur gegenüberzusehen, wer geneigt ist zu schweigen, wer sich mit dem eisigen Grau der Zeit nach 1968 schminkt, wer sich in seine eigenen vier Wände zurückzieht und auch dort nichts mehr unternimmt, kann sich heute seinen Seelenfrieden noch bewahren. Auch wenn diese stille Verzweiflung noch lange keine jubelnde Loyalität einbringt, so kann sie - als das geringere Übel - mit einem wohlwollenden Blick ihrer Partei rechnen.“

Hilfe von den Dissidenten

Als sich im letzten Jahr im rumänischen Siebenbürgen erstmals die von Angehörigen der ungarischen Minderheit im Untergrund gedruckte „Samisdat“-Zeitschrift Ellenpontok (Kontrapunkte) meldete, war es wiederum die Opposition um Laszlo Rajk in Budapest, die publizistische und materielle Hilfestellung gab. Und nachdem am 6. November 1982 in Siebenbürgen sechs Ungarn festgenommen, im Gefängnis mißhandelt und dann wieder entlassen wurden, war es abermals der Kreis um Laszlo Rajk in Budapest, der helfend einsprang. Da man den Entlassenen in Rumänien sogar alles Schreibmaterial genommen hatte, wurden von Budapest nach Siebenbürgen Papier und Bleistifte im wahrsten Sinne „geschmuggelt“.

Stehempfang für Aczel

Die Verhaftung der Ungarn in Rumänien und Hausdurchsuchungen bei vielen anderen mag auch ein Grund für den Besuch gewesen sein, den das ungarische Politbüromitglied György Aczel Anfang Dezember 1982 in Bukarest machte. Am Ende der Visite wurde schon aus den von beiden Seiten verbreiteten diplomatischen Floskeln deutlich, daß man sich nicht viel zu sagen gehabt hatte. Aczel sprach von „offenen und aufrichtigen Gesprächen“, Rumäniens Alleinherrscher Nicolae Ceausescu nannte den Gedankenaustausch „ehrlich und kameradschaftlich“. In Budapest kursieren Gerüchte, wonach Ceausescu Aczel und dessen Begleiter lediglich einen Stehempfang gegeben und sie nach einigen Minuten wieder hinauskomplimentiert habe.

Daß sich die Situation der Ungarn in Rumänien (wie auch die der Deutschen) beständig verschlechtert, liegt im Grunde an der rumänischen Assimilierungspolitik, die Nicolae Ceausescu

Kadar hält sich zurück

Was macht einer, der in seine Heimat, den ungarisch besiedelten Teil Rumäniens, nicht zurück darf, in Ungarn selbst aber mit Berufsverbot belegt ist? Er ernährt sich, wie Tamas zunächst einmal sagt, von „intellektueller Schwarzarbeit“. Da in Südosteuropa aber trotz dreieinhalb Jahrzehnten sozialistischer Herrschaft die nationale Frage immer noch virulent ist, kümmert sich Tamas gleichzeitig aber auch um das Schicksal seiner Landsleute in den umliegenden Ländern. Die Kadar-Regierung, sagt er, sei die erste ungarische Regierung seit dem Revolutionsjahr 1848, die „nicht-nationalistisch“ sei. Der ungarische Nationalismus befinde sich heute „in Opposition“.

Wer einwilligt und schweigt

So haben sich also die Fronten verschoben. Und deshalb ist es auch kein Wunder, daß ein Oppositioneller wie Tamas Ende Januar 1983 an den tschechoslowakischen Staatspräsidenten Husak einen Brief schrieb, um gegen die Verhaftung des CSSR-Bürgers ungarischer Nationalität, Mikos

einst so umrissen hat: „Es wird in Rumänien in absehbarer Zeit keine Nationalitäten mehr geben, sondern nur noch eine sozialistische Nation.“ War die deutsche Minderheit insofern „bevorzugt“, als sie bisher die Möglichkeit der Auswanderung hatte und die Rumänen das Bekenntnis zum rumänischen Staat, das die deutsche Minderheit 1918 gegeben hatte, in gewisser Weise honorierte, so ist die Lage der ungarischen, etwa auf 1,7 bis 2 Millionen Menschen geschätzten Minorität ungleich schwieriger.

Das liegt einmal daran, daß die ungarische Regierung aus erzwungener sozialistischer Solidarität keine Handhabe hat, sich um die Ungarn in Rumänien zu kümmern. Selbst wenn die Kadar-Regierung ihre bisherige Zurückhaltung aufgäbe, stünde sie ganz alleine da, denn schon um die Minderheitenprobleme in ihren eigenen Ländern nicht zu verschärfen, würde sich kaum einer der sozialistischen Nachbarn für Ungarn stark machen – einschließlich der Sowjetunion. Diese hofft nämlich spätestens in der Nach-Ceausescu-Ära wieder auf mehr Einfluß in Rumänien und will sich die Chancen dafür nicht mit einem Eintreten für die ungarische Minderheit verbauen. Und sollte Ceausescu einmal bereit sein, einer großen Zahl von Ungarn die Auswanderung zu erlauben, würde Ungarn selbst vor fast unlösbaren wirtschaftlichen Problemen stehen, denn Arbeit hätte man kaum für die Landsleute aus Rumänien. Etwa 200 000 Ungarn sollen trotzdem bereits bei Ceausescu Auswanderungsanträge gestellt haben.

Furcht vor Gebietsforderungen

Die Ursache dafür, daß das „Problem der ungarischen Minderheit“ in Rumänien noch komplizierter ist als das der Deutschen, liegt aber auch an der Nachbarschaft beider Länder; Rumänien fürchtet nämlich ständig die Wiederauflage ungarischer Gebietsforderungen. „Schauen Sie“, sagt ein ungarischer Schriftsteller in Budapest und zeigt dabei auf eine Landkarte, in der jene Gebiete verzeichnet sind, die Ungarn im Vertrag

von Trianon 1920 an Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Rumänien abtreten mußte, „schauen Sie, diese Zerstückelung seines Landes hat kaum ein Ungar je richtig verdaut.“

Seit „Trianon“ hat sich besonders die Lage der Ungarn in Rumänien ständig verschlechtert. In den zwanziger Jahren hatten die Ungarn zunächst einmal im rumänischen Staat durchaus Gewicht. Ohne die „Ungarische Partei“ konnte keine Regierung in Bukarest gebildet werden, die ökonomische Kraft der Minderheit war trotz einer Landreform nicht gebrochen, es gab ungarische Banken und ungarischen Grundbesitz. Die erste Beeinträchtigung kam, als 1920/21 alle ungarischen Beamten – vom Lehrer bis zum Eisenbahner – einen Treueid auf den rumänischen König Ferdinand I. leisten sollten. Viele weigerten sich, 200 000 Ungarn wanderten aus Rumänien ab und bildeten in Ungarn ein Potential, das sich jederzeit als irredentistische Reservearmee benutzen ließ. Als 1922 in Rumänien die Diplome der ungarischen Nationen-Universität in Klausenburg nicht mehr anerkannt wurden, flüchteten Tausende von Studenten über die Grenze und schlossen sich der nationalistischen Rechten in Ungarn an. Schließlich verlangten die Rumänen, jedermann müsse seine Schul- und Universitätsprüfung in rumänischer Sprache ablegen. Von den Ungarn waren damals dazu allenfalls drei Prozent in der Lage. Das Ziel der Rumänen war es offensichtlich, die ungarische Minderheit ihrer Intelligenz zu berauben. Es kam, was man eine typische ungarische Reaktion nennen könnte: zahlreiche Studenten nahmen sich das Leben.

Viele der aus Rumänien ausgewanderten Madjaren verstärkten in Ungarn die nationalistische Rechte; die in Rumänien verbliebenen Ungarn aber reagierten ganz anders. Viele schlossen sich der „Rumänischen Kommunistischen Partei“ (RKP) an. Dies war durchaus typisch für die frühe Geschichte der RKP. Ungarn, Ukrainer und Juden waren in ihr fast mehr vertreten als die Rumänen. Die „internationalistische Ideologie“ der RKP bot nämlich den Angehörigen dieser

Minderheiten Schutz. In dieser „Fremdherrschaft“ über die Partei liegt aber auch eine Ursache für die heutige, minderheitenfeindliche Politik der RKP.

„Ungarische Fremdherrschaft“

Folgende Punkte der weiteren historischen Entwicklung, die allerdings noch der näheren Aufklärung durch die Wissenschaft bedarf, kann man als entscheidend für die heutige Lage festhalten:

□ Bis in die späten vierziger Jahre waren viele engagierte RKP-Mitglieder ungarischer Nationalität. In der Parteizentrale in Bukarest wurde teilweise mehr ungarisch als rumänisch gesprochen. Daraus entstand später das gelegentlich von Ceausescu benutzte Argument der „ungarischen Fremdherrschaft“ über die Partei.

□ Als 1944 sowjetische und rumänische Truppen Nord-Siebenbürgen besetzten, kam es zu Morden an Ungarn durch rumänische Soldaten. Da die Sowjets in ihrem Machtbereich keine Unruhen wollten, mußten die rumänischen Truppen das Gebiet wieder räumen.

□ Es entstand ein Interregnum, eine Art ungarische „Räterepublik“, die von Moskau gestützt wurde, und die etwa von August 1944 bis Mai 1945 währte. Aus dieser Zeit datiert der gelegentlich heute zu hörende rumänische Vorwurf, die Ungarn in Rumänien seien eigentlich Stalinisten (weil sie in der Stalin-Zeit kurzfristig größere Freiheiten genossen), ihre starke Stellung zu jener Zeit sei eigentlich eine „stalinistische Fremdherrschaft“ gewesen.

□ Stalin bot 1945 den Rumänen die Rückgabe Nord-Siebenbürgens an, sofern sich die „alten Parteien“ bereit erklärten, eine Koalition unter maßgebender Beteiligung der RKP zu schließen. Von 1945 bis 1952 war Petru Groza, Führer der linksgerichteten Landarbeiterpartei, Ministerpräsident mehrerer kommunistisch dominierter Regierungen; Groza setzte sich aber stets für den Schutz der ungarischen Minderheiten ein.

□ Die so praktisch schon an die Macht gekommene RKP mußte sich allerdings noch gegen „innere“ Gegner durchsetzen. Der seit 1945 amtierende Generalsekretär Gheorghe Gheorgiu Dej bootete sowohl Ana Pauker als auch die nichtrumänische Gruppe aus. Dej hatte zunächst den Generalsekretär der RKP, den Ungarn Foris, abserviert, ein anderer führender Ungar, Kurko, saß bis 1969 im Gefängnis; heute lebt er in Kronstadt, gezeichnet durch zehn Jahre Einzelhaft. Als Ana Pauker 1952 entmachtet wurde, mußten auch zwei Nicht-Rumänen gehen, der Ungar Vasile Luca und der Jude Teohari Georgeacu.

□ Einen weiteren Höhepunkt erreichte die Politik der Entrechtung der ungarischen Minderheit 1959, als die ungarische Universität in Klausenburg geschlossen wurde. Es kam wieder zu einer „ungarischen Reaktion“: drei Professoren begingen Selbstmord. Die 1952 geschaffene autonome magyarische Region wurde 1967 durch eine neue Verwaltungseinteilung völlig aufgehoben.

Über solche Vorgänge dringen nur selten Nachrichten nach außen. Die Verhaftungen vom November 1982 wurden zum Beispiel nur durch die ungarische Opposition in Budapest bekannt. Im Jahre 1978 war es der hohe rumänische Funktionär ungarischer Abstammung Karoly Kiraly, der in einem während der Belgrader KSZE-Nachfolgekonferenz der Öffentlichkeit zugespielten Dokument die Beschneidung der Rechte seiner Landsleute beklagte.

Siedler von jenseits der Karpaten

Heute tut Bukarest alles, um den Kontakt zwischen Ungarn und Rumänien beiderseits der Grenze zu blockieren. „Verdächtige“ Besucher aus Ungarn werden in Rumänien von der „Securitate“ beschattet, Ungarn aus Rumänien, die zu Besuch über die Grenze nach Westen reisen wollen, werden die Bezugsscheine für ungarische Währung vorenthalten. In ihrer 8. Nummer der Untergrundzeitschrift *Ellenpontok* veröffentlichten die Verfasser ein an die Delegierten der derzeit in Madrid tagenden KSZE-Nachfolgekonferenz gerichtetes Schreiben: „Die Rumänisierung Siebenbürgens, die Zurückdrängung unserer Kultur wird mit einer noch nie gesehenen Kraftanstrengung forciert. In den überwiegend oder ausschließlich ungarischsprachigen Gebieten werden Rumänen von jenseits der Karpaten angesiedelt. Die ungarischen Schulen werden systematisch abgebaut, unsere Buch- und Zeitschriftenherausgabe wird mehr und mehr beschnitten. Unsere Sprache ist aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen.“